

Der Anti-NGO-Diskurs: Angriffe auf die Zivilgesellschaft in der medialen Öffentlichkeit

Hummel, Siri; Nicke, Sascha; Oellers, Janek

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hummel, S., Nicke, S., & Oellers, J. (2025). *Der Anti-NGO-Diskurs: Angriffe auf die Zivilgesellschaft in der medialen Öffentlichkeit*. (Opuscula, 202). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-106281-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

MAECENATA

Siri Hummel, Sascha Nicke, Janek Oellers

Der Anti-NGO-Diskurs

Angriffe auf die Zivilgesellschaft in der medialen Öffentlichkeit

Opusculum Nr. 202

Dezember 2025

Die Autor*innen	<p>Dr. Siri Hummel ist Politikwissenschaftlerin und Direktorin des Maecenata Instituts. Dr. Sascha Nicke ist Programm Manager für das Tocqueville Forum bei der Maecenata Stiftung. Janek Oellers ist studentischer Mitarbeiter im Maecenata Institut.</p>
Die Maecenata Stiftung	<p>Die Maecenata Stiftung ist ein unabhängiger Think Tank zum Themenfeld Zivilgesellschaft, Bürgerengagement, Philanthropie und Stiftungswesen. Sie hat die Rechtsform einer gemeinnützigen Stiftung bürgerlichen Rechts und ihren Sitz in München. Sie wurde 2010 von Rupert Graf Strachwitz gegründet mit den Zwecken (u. a.) der Förderung von Wissenschaft, Bildung und Forschung, Entwicklungszusammenarbeit, internationalem Spendentransfer und zivilgesellschaftlichem Engagement. Seit 2011 vereint sie alle Maecenata-Aktivitäten unter ihrem Dach. Die Stiftung steuert und bündelt die Aktivitäten ihrer Programme und vertritt erarbeitete Positionen nach außen. Sie versteht sich als ideeller Dienstleister der Zivilgesellschaft und tritt für deren transnationale Stärkung sowie für die Entwicklung einer offenen Gesellschaft in Europa und darüber hinaus ein.</p>
Die Reihe Opuscula	<p>In der Reihe Opuscula werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten der Maecenata Stiftung veröffentlicht. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für volle Zitierfähigkeit. Durch die Kooperation mit dem Social Science Open Access Repository (SSOAR) Projekt ist eine dauerhafte Verfügbarkeit aller Ausgaben mit fester URL-Adresse sichergestellt. Eine Übersicht der neuesten Exemplare ist auf der letzten Seite jeder Ausgabe zu finden.</p> <p>Die gesamte Reihe Opuscula finden Sie zum kostenlosen Download unter: https://www.maecenata.eu/publikationen/opuscula/</p>
Impressum	<p>Herausgeberin Maecenata Stiftung Wallstraße 15a, D-10179 Berlin, Tel: +49-30-28 38 79 09, Fax: +49-30-28 38 79 11,</p> <p>E-Mail: info@maecenata.eu Website: www.maecenata.eu</p> <p>Redaktion: Lisa Klisch</p> <p>ISSN (Web) 1868-1840 URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-106281-2</p> <p>Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz. Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.</p> <p>Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.</p> <p>Maecenata Stiftung, Berlin 2025</p>

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
Theoretischer Rahmen.....	3
Methode.....	5
Social-Media-Analyse.....	7
Die Vorstudie mittels YouTube.....	7
Chronologie und Dynamik auf Social Media.....	8
Die Accounts / Akteure.....	11
Die Delegitimierungsnarrative dieser Akteure.....	13
Diskussion und Fazit.....	21
Literatur.....	25
Abbildungsverzeichnis.....	26
Tabellenverzeichnis.....	26

Einleitung

Seit einiger Zeit rücken zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend ins Zentrum medialer Aufmerksamkeit – jedoch nicht in Anerkennung ihrer gemeinwohlorientierten Arbeit, sondern in Form gezielter Anfeindungen und diskursiver Infragestellungen.

Nichtregierungsorganisationen (NGO) oder auch zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) gelten in Demokratien als essenzielle Träger*innen zivilgesellschaftlichen Engagements: Sie bündeln Interessen, beobachten staatliches Handeln kritisch und wirken durch ihre Expertise und Netzwerke als Vermittelnde zwischen Bevölkerung und Politik (Strachwitz et al 2020). ZGO wird aufgrund ihres gemeinwohlorientierten Handelns traditionell ein hohes Potential für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zugesprochen. Doch dieses Vertrauen wird zunehmend infrage gestellt. In den letzten Jahren geraten NGO verstärkt ins Zentrum öffentlicher Kritik – sei es durch parlamentarische Anfragen, mediale Kampagnen oder digitale Diskurse in sozialen Netzwerken. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden nicht mehr lediglich anlassbezogen kritisiert; vielmehr lässt sich mittlerweile eine systematische und ideologisch motivierte Delegitimierung beobachten, die sich in eine globale Tendenz einbettet, die als *shrinking civic space* bezeichnet wird (Buyse 2018; CIVICUS 2024).

Besonders auffällig ist dabei der Bedeutungszuwachs sozialmedialer Plattformen, auf denen sich narrative Feindbilder, affektgeladene Polemiken und verschwörungstheoretische Zuschreibungen in hoher Geschwindigkeit verbreiten – algorithmisch verstärkt und emotional aufgeladen. Diese diskursive Verschiebung schafft somit auch eine demokratiepolitische Herausforderung. Wenn zivilgesellschaftliche Akteure, die für Gemeinwohl, Partizipation und Kontrolle staatlichen Handelns stehen, selbst zum Objekt politischer Delegitimierung werden, verändert das die Architektur öffentlicher Deliberation.

Die Frage, ob und wie sich diese beobachtbare Intensivierung anti-zivilgesellschaftlicher Narrative empirisch nachweisen lässt, welche Akteure eine zentrale Rolle einnehmen und welche diskursiven Strategien dabei zum Einsatz kommen, ist bislang nicht systematisch untersucht worden. Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Studie, welche Akteurskonstellationen, Argumentationsmuster und diskursiven Verschiebungen sich in der digitalen Kommunikation über NGOs und Zivilgesellschaft erkennen lassen. Im Zentrum stehen algorithmisch empfohlene Inhalte auf YouTube sowie Beiträge auf Telegram, X (ehemals Twitter), LinkedIn, TikTok und Facebook. Die Studie verfolgt drei zentrale Fragestellungen: Erstens, lässt sich eine qualitative und quantitative Verschiebung im digitalen Diskurs über NGO empirisch nachweisen? Zweitens, welche

delegitimierenden Narrative und Vorwürfe dominieren den Diskurs? Drittens, welche Akteure dominieren den delegitimierenden Diskurs über NGO?

Die Analyse zeigt: Der digitale Diskurs über NGO hat sich in den vergangenen Monaten sowohl intensiviert als auch extremisiert. Zunehmend dominieren Akteure mit rechtsautoritären und populistischen Positionen den Diskurs, deren Kommunikationsstrategien auf Polarisierung und Skandalisierung setzen, um zivilgesellschaftliche Legitimität in Frage zu stellen. Damit geraten NGO im speziellen und Zivilgesellschaft im Allgemeinen in einen strukturellen Rechtfertigungsdruck, der ihre Rolle als intermediäre Instanz zwischen Gesellschaft und Staat zunehmend unterminiert. Ziel der Studie ist es daher, narrative Strukturen und Entwicklungen in der Öffentlichkeit herauszuarbeiten, die zur schleichenden Aushöhlung von Vertrauen in gemeinwohlorientierte Akteure beitragen.

Theoretischer Rahmen

Die vorliegende Studie verbindet zentrale Perspektiven aus der Zivilgesellschafts-, Demokratie- und Diskurstheorie mit ausgewählten Ansätzen der Medien- und Kommunikationstheorie. Die zugrunde liegende Annahme ist, dass Nichtregierungsorganisationen (NGO) als intermediäre Akteure im speziellen, wie Zivilgesellschaft im Allgemeinen, eine zentrale Funktion in demokratischen Ordnungen übernehmen – nicht nur als Interessenvertretung, sondern als strukturprägende Instanzen im Verhältnis von Staat, Markt und Gesellschaft. Deswegen ist die Art und Weise, wie über sie öffentlich gesprochen wird, von entscheidender Bedeutung für ihre Legitimation und Handlungsmacht.

Im Kontext demokratiethoretischer Ansätze gelten NGO als Teil der Zivilgesellschaft, die als eigenständige Sphäre jenseits von Staat und Markt agiert (Hummel 2024). In normativen Demokratietheorien – etwa bei Jürgen Habermas (1992) – wird dieser Bereich als „Assoziationswelt“ gefasst, in der sich gesellschaftliche Problemlagen artikulieren, moralisch bewertet und in deliberative Öffentlichkeiten überführt werden. NGO/ ZGO übernehmen in diesem Modell die Funktion eines vermittelnden Akteurs zwischen der Lebenswelt der Bürger*innen (Alltagserfahrungen, Betroffenheiten, normative Orientierungen) und dem politischen System (institutionalisierte Entscheidungsprozesse), indem sie Wissen, Betroffenheit und Handlungsoptionen bündeln und in öffentliche Diskurse einspeisen. Ähnlich argumentiert Cohen und Arato (1992), die die Zivilgesellschaft als Arena kollektiven Handelns jenseits staatlicher und ökonomischer Dominanz begreifen – mit NGO als strukturierende und professionalisierte Träger dieses Handelns. Dabei sind NGO nicht neutral: Sie repräsentieren bestimmte Werte, normativ codierte Anliegen und oft auch politisierte Weltbilder. Damit sind sie – im Sinne Nancy Frasers (1990) – Akteure in einer konflikthaften, multiplen Öffentlichkeit, in der hegemoniale und subalterne Diskurse um Sichtbarkeit, Legitimität und Repräsentation ringen. NGO nehmen darin eine doppelte Rolle ein: Sie agieren einerseits als Sprecher*innen kollektiver Anliegen, andererseits als Mitproduzenten diskursiver Wirklichkeiten, indem sie Bedeutungszuschreibungen strukturieren, Frames¹ etablieren und Problemlagen politisieren.

Im kommunikationstheoretischen Kern dieser Studie wird das Konzept der Focussing Events nach Thomas Birkland als analytische Linse genutzt, um Mechanismen plötzlicher Verschiebungen in öffentlichen Diskursen zu erklären. Birkland (1997) definiert Focussing Events als Ereignisse, die

¹ Framing bezeichnet in den Kommunikationswissenschaften den Prozess, durch den Informationen so strukturiert, kontextualisiert oder präsentiert werden, dass bestimmte Bedeutungen, Bewertungen oder Handlungsorientierungen nahegelegt werden (vgl. Entmann 1993).

„plötzlich und relativ selten auftreten, als schädlich oder als Hinweis auf potenziell größere zukünftige Schäden definiert werden können, Schäden verursachen oder nahelegen, die auf ein definierbares geografisches Gebiet oder eine Interessengemeinschaft konzentriert sind oder sein könnten, und die Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit nahezu gleichzeitig bekannt werden“ (S. 22). Solche Ereignisse wirken nicht, weil sie objektiv besonders gravierend wären, sondern weil sie in der politischen Kommunikation als Katalysatoren für Aufmerksamkeit, Problemdefinition und Deutungsverschiebung fungieren.

Für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand lässt sich die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der CDU/CSU vom 24. Februar 2025, in der NGO u.a. vorgeworfen wurde, mit der Mobilisierung für Proteste gegen die Union gegen das Gemeinnützigkeitsrecht verstoßen zu haben (Deutscher Bundestag 2025), als solches Katalysator-Ereignis verstehen. In Anschluss an Birkland (1998) zeigen sich nach einem solchen Ereignis empirisch belegte Dynamiken: Ein sprunghafter Anstieg der Thematisierung unmittelbar nach dem Ereignis sowie ein dauerhaft erhöhtes Grundniveau danach („Aufmerksamkeitsplateau statt punktueller Peaks“). Diese Effekte betreffen sowohl die Häufigkeit als auch die Reichweite diskursiver Bezugnahmen und verdeutlichen, dass „die meisten Focussing Events die dominanten Themen auf der Agenda verändern“ (Birkland 1998).

Darüber hinaus verändern sich nach Birkland nicht nur die Aufmerksamkeit, sondern auch die Bewertungsrichtungen: Negative Bezugnahmen nehmen zu und erreichen häufiger Dominanz über neutrale oder positive Bezüge. Diese Deutungsverschiebung stabilisiert sich, wenn Akteure gezielt versuchen, Themen nach einem Focussing Event zu erweitern (*issue expansion*) oder zu begrenzen (*containment*). Birkland (1998) beschreibt dies als typisches Muster politischer Auseinandersetzung nach Katalysatorereignissen, in denen „Gruppen aktiv versuchen, Themen zu expandieren oder einzudämmen“ (S.53).

Focussing Events können Akteuren zudem kurzfristig einen Deutungsvorteil verschaffen. Sie gewinnen Aufmerksamkeit, während etablierte Akteure zunächst defensiv reagieren und versuchen, ihre bestehenden Deutungsmonopole zu stabilisieren. Birkland (1998, S. 71) betont, dass im Anschluss an Focussing Events „Symbole und Bilder zirkulieren, die die Vermutung zugunsten von Policy-Änderungen verschieben“. Die im Datensatz sichtbaren Muster – Peak, Niveausprung und Dominanz negativer Frames – lassen sich folglich nicht als zufällige Verdichtung, sondern als strukturierte Folge eines diskursiven Katalysators interpretieren.

Im untersuchten Fall eröffnete die Kleine Anfrage ein kommunikatives Fenster, in dem anti-zivilgesellschaftliche Akteure negative Narrative mit hoher Resonanz platzieren konnten, bevor Gegenstimmen strukturierte Anschlusskommunikation entwickelten.

Methode

In der vorliegenden Studie werden mit einem Mixed Method Ansatz Inhalte aus Social Media analysiert, die sich im Inhalt mit Zivilgesellschaft bzw. den Begriffen NGO und Nichtregierungsorganisationen befassen.

Zu Beginn der Untersuchung wurde eine explorative YouTube-Suche durchgeführt, um erste Einblicke in die öffentliche Sichtbarkeit und Bewertung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im digitalen Raum zu gewinnen. Die Recherche erfolgte am 01.06.2025 im Inkognitomodus ohne gespeicherte Suchverläufe, jedoch kann eine Personalisierung durch IP-Adresse oder Standort im Inkognitomodus nicht vollständig ausgeschlossen werden. Deswegen sind die Ergebnisse als eine Vorstudie, nicht aber als repräsentative Erhebung zu bewerten. Es wurden jeweils die ersten 25 Videos ausgewertet, die bei der Eingabe des Begriffs „Nichtregierungsorganisationen“ angezeigt wurden.

In einem zweiten Schritt wurde der Untersuchungsrahmen erweitert und eine plattformübergreifende und vertiefende Untersuchung mit der Analysesoftware Junkipedia durchgeführt. Mittels eines Actors-Sets können dort Beiträge in sozialen Netzwerken und damit verbundene öffentliche Diskurse automatisiert erfasst, gefiltert und kategorisiert werden. Für die vorliegende Untersuchung wurde der Fokus auf die Plattformen Twitter/X, Facebook, Instagram, YouTube und TikTok gelegt. Die in Junkipedia analysierten Beiträge stammen ausschließlich aus dem Actors Set „German Politics“, das auf der *Datenbank Öffentlicher Sprecher (DBÖS)* des Social Media Observatory des Leibniz-Institut basiert. Die Datenbank wurde zuletzt am 20.12.2024 aktualisiert und umfasst 12.811 zugehörige Kanäle (Channels), die den empirischen Datenkorpus der vorliegenden Analyse bilden. Konkret beinhaltet die Datenbank rund 2.650 Medienaccounts (u. a. Tages- und Wochenzeitungen, Nachrichtenprogramme der großen TV- und Radiosender sowie rein digitale Nachrichtenportale), etwa 750 Accounts von nationalen und regionalen Parteien sowie Regierungsinstitutionen und ca. 4.350 Accounts von Journalist*innen sowie Mitgliedern der Bundes- und Landtage (Schmidt et. al, 2024). Weitere Channels entfallen auf sonstige Organisationen, regionale Akteursgruppen, kleine Medien und Einzelpersonen. Damit stellen das untersuchte Actors Set ein Abbild der politischen Öffentlichkeit in Deutschland dar.

Die Posts, die von diesen Accounts gesendet wurden, wurden mit Junkipedia aggregiert, anschließend exportiert und zunächst über ein negatives Schlagwortset gefiltert. Das Schlagwortset wurde induktiv entwickelt, indem zunächst relevante negative Begriffe und Phrasen aus einer explorativen Voranalyse extrahiert und anschließend im Team diskutiert und validiert wurden, um eine möglichst umfassende Erfassung delegitimierender Diskursbeiträge zu gewährleisten.

Von insgesamt 3.602 erfassten Beiträgen enthielten 845 mindestens eines der negativen Schlagwörter und wurden damit initial als potenziell negativ markiert; die übrigen Beiträge wurden im zweiten Schritt manuell codiert. Hierzu sichteten drei deutschsprachige wissenschaftliche Mitarbeitende die Beiträge einzeln in Excel und ordneten sie – auf Basis eines knappen Codebuchs – entweder der Kategorie „negativ“ oder der Sammelkategorie „positiv/neutral/irrelevant“ zu. Die dichotome Variable Bewertung wurde als 1 = negativ bzw. 0 = positiv/neutral/irrelevant erfasst; der Veröffentlichungszeitpunkt wurde entsprechend den von Junkipedia aggregierten Daten, in der Variable `published_at` gespeichert.²

Für die Zeitreihenanalyse wurden alle Beiträge auf Wochenebene (Kalenderwochenende Montag, EU-Konvention) aggregiert. Ausgewiesen werden (i) die Anzahl negativer Beiträge je Woche und (ii) die Anzahl positiv/neutraler/irrelevanter Beiträge. Um Veränderungen rund um die Kleine Anfrage zu erfassen, wird ein Pre-/Post-Vergleich mit Stichtag 24. Februar 2025 (unmittelbar um die Kleine Anfrage) vorgenommen; berichtet werden Mittel-/Medianwerte sowie der Anteil der Wochen, in denen negative Beiträge überwiegen. Zusätzlich wurde eine Akteursauswertung erstellt: Für jeden Kanal (ChannelName/Channelid) werden (a) die Anzahl negativer Beiträge („Volumen“) und (b) der Negativ-Anteil relativ zur Gesamtaktivität des Kanals ausgewiesen. In den Ergebnisdarstellungen wird – soweit sinnvoll – zwischen „viel sendenden“ Akteuren (hohe Counts) und „konsistent negativ rahmenden“ Akteuren (hoher Anteil) unterschieden; bei Anteilsvergleichen wird transparent gemacht, wenn sehr geringe Gesamtniveaus die Interpretation einschränken.

Die gesamte Auswertung bleibt deskriptiv angelegt, Reichweiten- und Wirkungsmaße (z. B. Views, Interaktionen) wurden nicht ausgewertet. Die Studie arbeitet ausschließlich mit öffentlichen Inhalten und verzichtet auf personenbezogene Profilierungen. Grenzen des Vorgehens liegen in (i) möglichen Fehlklassifikationen trotz manueller Sichtung (z. B. Ironie/Sarkasmus), (ii) der Vorfilterung durch Schlagwörter (Negativität ohne Schlüsselbegriffe kann untererfasst sein) und (iii) plattformspezifischen Unterschieden in Verfügbarkeit und Darstellung. Diese Beschränkungen

² Etwaige Uneindeutigkeiten wurden durch Rücksprache gelöst; die Codierentscheidungen sind im Datensatz nachvollziehbar dokumentiert und können gemeinsam mit dem Schlagwortset auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden.

werden in der Interpretation berücksichtigt, indem die Befunde strikt als Richtungsindikatoren des Diskurses gelesen werden.

Social-Media-Analyse

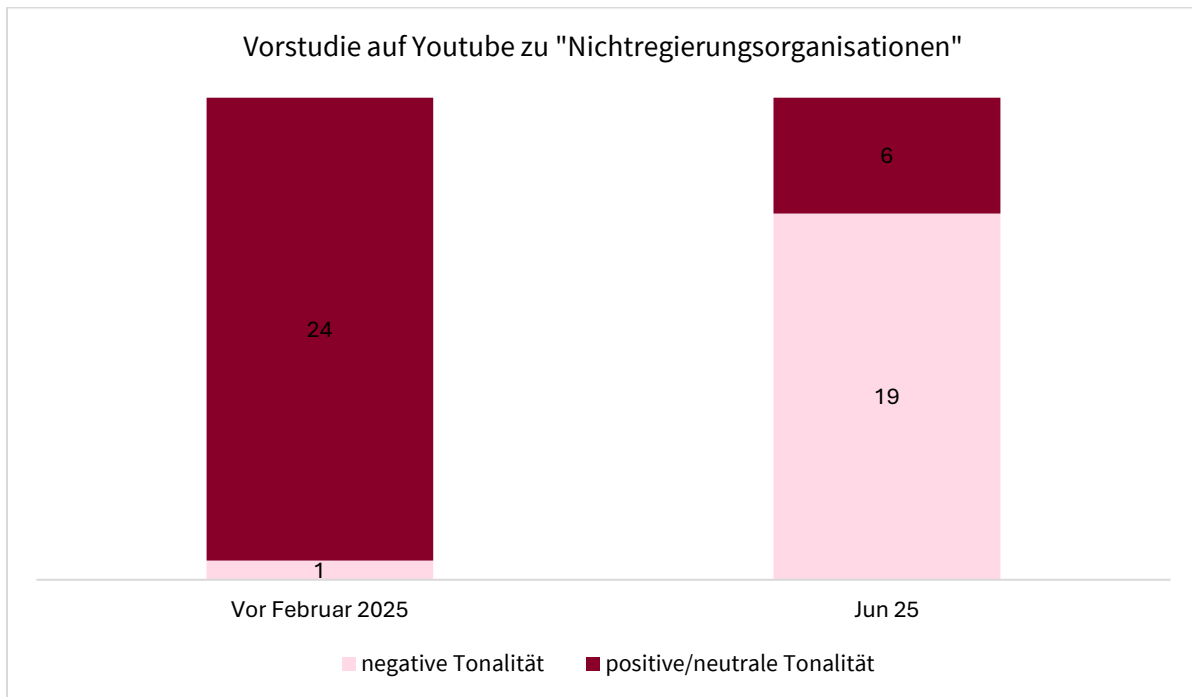
Die Vorstudie mittels YouTube

Zu Beginn der Untersuchung wurde eine explorative YouTube-Suche durchgeführt, um erste Einblicke in die öffentliche Sichtbarkeit und Bewertung von Nichtregierungsorganisationen (NGO) im digitalen Raum zu gewinnen. Die Recherche erfolgte am 01. Juni 2025 und es wurden jeweils die ersten 25 Videos ausgewertet, die bei der Eingabe des Begriffs „Nichtregierungsorganisationen“ angezeigt wurden. Zur Kontextualisierung dieser Auswertung wurde ergänzend eine vergleichbare Suche mit der Einschränkung „before:2025-02-01“ vorgenommen, um ausschließlich Videos zu erfassen, die vor Februar 2025 und damit vor der Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur politischen Neutralität zivilgesellschaftlicher Organisationen veröffentlicht wurden.

Nach Februar 2025 überwiegend negative Videobeiträge

Der Vergleich beider Suchläufe macht eine deutliche inhaltliche Verschiebung sichtbar (Abb. 1). Während vor Februar 2025 lediglich ein einziges der 25 ausgewerteten Videos (ein Beitrag von Compact-TV) eine negative Tonalität gegenüber NGO aufwies, greifen in der Suche vom Juni 2025 bereits 19 der 25 Videos die von Hummel/Schubert (2025) identifizierten Vorwürfe auf, ohne sie zu entkräften. NGO werden darin wiederholt als ideologisch gesteuerte Netzwerke, als Teil eines „Sumpfes“ (in 8/25 Videos) oder als „linksextrem“ oder der „Antifa“ (in 6 Videos) zugehörig beschrieben. Sie werden nicht als gemeinwohlorientierte Akteure dargestellt, sondern als Bestandteil einer nicht einsehbaren Herrschaftsstruktur. Zentrale Narrative umfassen die Vorwürfe von genereller Korruption, verdeckter politischer Einflussnahme, finanzieller Intransparenz und damit einhergehend einer grundsätzlichen Infragestellung ihrer gesellschaftlichen und demokratiethoretischen Legitimität. Diese negativen Zuschreibungen erzeugen ein Bild, in der zivilgesellschaftliche Organisationen nicht mehr als eine Stütze, sondern als eine Bedrohung der gesellschaftlichen Stabilität dargestellt werden.

Abbildung 1: Tonalität der ausgewerteten Videos gegenüber Nichtregierungsorganisationen auf Youtube vor und nach Februar 2025



Chronologie und Dynamik auf Social Media

Diese auffällige Häufung abwertender Inhalte bei der YouTube-Suche diente als Ausgangspunkt für die umfassendere Social-Media-Analyse, bei welcher der Untersuchungsrahmen mittels der Analysesoftware Junkipedia plattformübergreifend erweitert wurde.

Die Abfrage nach den Begriffen „NGO“ und „Nichtregierungsorganisationen“ im Zeitraum von August 2024 bis Mitte August 2025 ergab insgesamt 3.602 Posts in den von Junkipedia erfassten Kanälen.

Bis Ende Februar 2025 war die Anzahl der Beiträge vergleichsweise gering und verteilte sich weitgehend gleichmäßig auf die Plattformen, mit einer deutlichen Dominanz von Twitter/X. Ein markanter Peak Ende Februar 2025 sticht dann hervor: In dieser Woche steigt die Zahl der Beiträge sprunghaft auf knapp 300. Dieser Anstieg korrespondiert mit der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingebrachten Kleinen Anfrage „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ (Deutscher Bundestag 2025) am 24. Februar 2025.

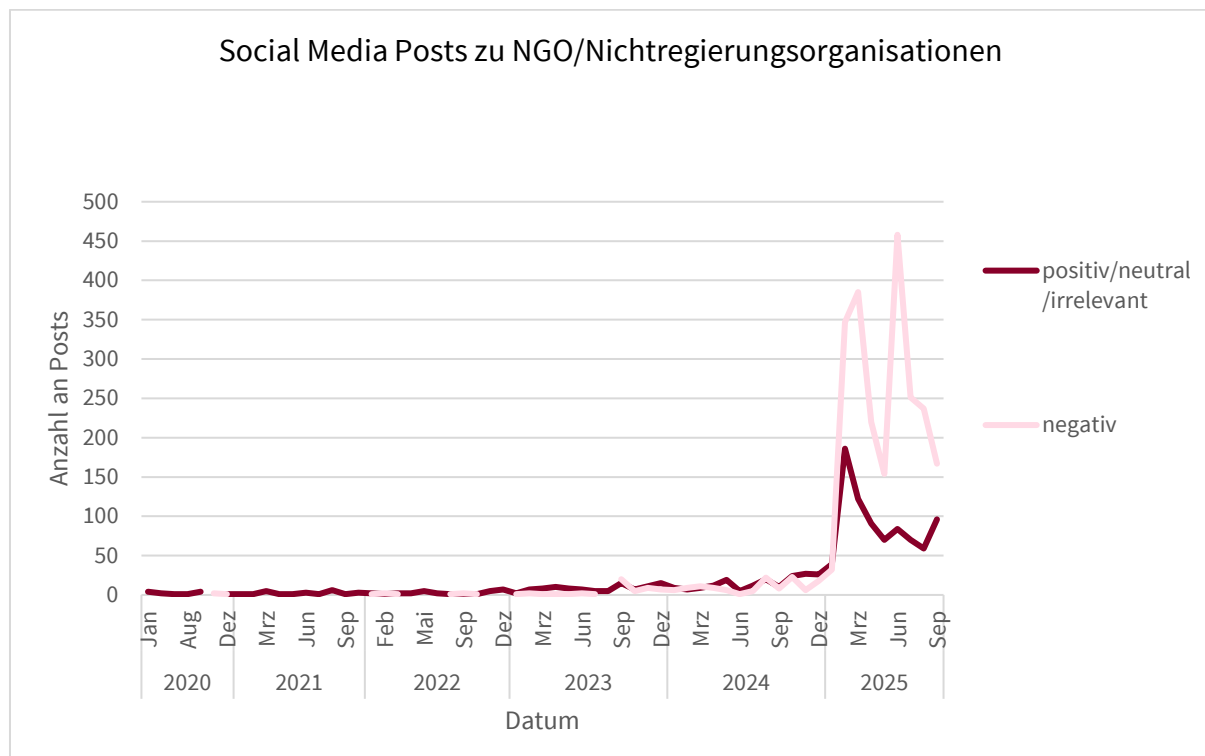
Ab diesen Zeitpunkt bleibt das Level an Posts deutlich erhöht im Vergleich zu davor. Während die Aktivität vor Februar 2025 nur vereinzelt messbar war, zeigt sich seither ein kontinuierlich höheres Beitragsaufkommen, das auf ein gesteigertes öffentliches und politisches Interesse am Thema NGO/Nichtregierungsorganisationen hindeutet. Dabei bleibt Twitter/X die dominante Plattform der

untersuchten Accounts, während Facebook, Instagram und TikTok kleinere, aber sichtbare Anteile am Diskurs beitragen.

Damit markiert die Kleine Anfrage der CDU/CSU einen *Focussing Event* im Sinne von Birkland, das verdeutlicht, dass eine politische Intervention hier als diskursive Trigger funktioniert, die in sozialen Medien enorme Resonanzräume eröffnet. Der in der Kleinen Anfrage transportierte Skeptizismus gegenüber NGO wird dort wiederum mit deutlich größerer Reichweite verbreitet.

Abbildung 2 zeigt die monatliche Entwicklung von Social Media-Beiträgen zu Nichtregierungsorganisationen im Zeitraum von Januar 2020 bis September 2025, differenziert nach positiv/neutralen beziehungsweise irrelevanten (nicht das Thema betreffend) sowie negativen Beiträgen. Es stellt sich heraus, dass über mehrere Jahre hinweg bis zum Ende des Jahres 2024 das Beitragsaufkommen sehr niedrig bleibt, die Diskurslagen ausgeglichen sowie auf einem eher niedrigen Niveau verlaufen. Erst ab Dezember 2024 lässt sich ein Anstieg erkennen, der beide Kategorien gleichermaßen betrifft.

Abbildung 2: Monatliche Verteilung der negativen und positiven/neutralen Social Media Posts zu NGO/Nichtregierungsorganisationen von 01/2020-10/2025



Für Februar und März 2025 stellt sich ein abrupter Anstieg der Beitragszahlen fest: Negative Beiträge erreichen ihren Höhepunkt mit über 460 Posts für den Monat März, während die positiv/neutral/irrelevant klassifizierten Beiträge gleichzeitig auf einen Wert von etwa 190 Posts

anwachsen. In dieser Phase öffnet sich die Schere zwischen den beiden Kategorien und negative Bewertungen dominieren das Diskursgeschehen deutlich. Nach diesem Peak stabilisieren sich beide Linien auf einem höheren Niveau als zuvor; negative Beiträge bewegen sich zwischen ca. 150 bis 450 Posts pro Monat und die positiven/neutralen Beiträge verbleiben im Bereich von 60 bis 100 Posts monatlich. Das Verhältnis bleibt dauerhaft asymmetrisch und der Anteil negativer Diskussionsbeiträge überwiegt strukturell. Während bis zum Jahresende 2024 ein ungefähr ausgeglichenes Verhältnis bestand, verschiebt sich ab dem Frühjahr 2025 die Balance dauerhaft zugunsten negativer Bewertungen – von etwa 1:1 auf 2:1. Die Daten veranschaulichen, dass die Kleine Anfrage der CDU/CSU als diskursiver Katalysator gewirkt und einen nachhaltigen Aufmerksamkeits- und Bewertungsschub im digitalen Raum ausgelöst hat.

Die quantitative Dimension dieser diskursiven Verschiebung lässt sich anhand einer vergleichenden Betrachtung der Zeiträume vor und nach dem 24. Februar 2025 präzisieren (Tabelle 1). Vor diesem Datum wurden insgesamt 780 Posts zum Thema NGO erfasst, von denen 329 als negativ klassifiziert wurden – dies entspricht einem Anteil von 42 Prozent. Ab dem 24. Februar 2025 steigt die Gesamtzahl der Beiträge auf 2.822 an, wovon 2.110 negativ bewertet wurden, was einen Anteil von 75 Prozent ergibt. Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg errechnet sich damit eine Gesamtzahl von 3.602 Posts, von denen 2.439 negativ sind. Diese Zahlen verdeutlichen, dass sich nicht nur das absolute Volumen des Diskurses mehr als verdreifacht hat, sondern vor allem der Charakter der Auseinandersetzung fundamental verschoben wurde. Die Steigerung des negativen Anteils um 33 Prozentpunkte markiert einen Bruch, der über eine bloße Intensivierung hinausgeht und auf eine qualitative Neuausrichtung des öffentlichen NGO-Diskurses im digitalen Raum verweist.

Tabelle 1: Anzahl negativer Posts im Verhältnis vor und nach der kleinen Anfrage der CDU/CSU

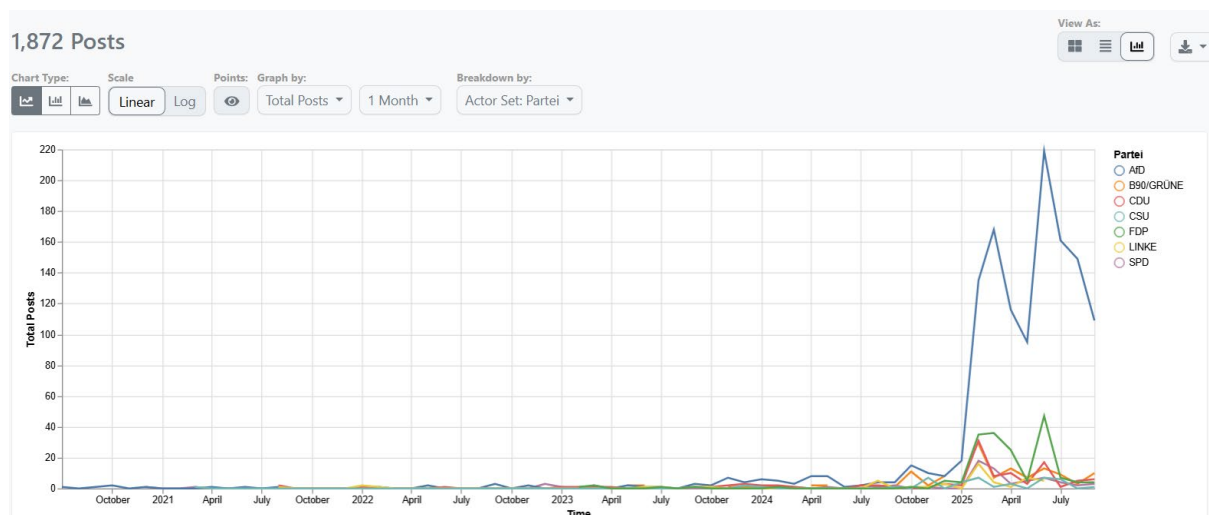
Zeitraum	Posts insgesamt	Negative Posts	negativer Anteil
Ab 24.02.2025	2822	2110	75%
Vor 24.02.2025	780	329	42%
Gesamtergebnis	3602	2439	68%

Diese Entwicklung spiegelt also nicht eine kurzfristige Empörungswelle wider, sondern markiert eine Diskursverschiebung: Die Erzählung über NGO wird eine negative. Dies befördert die Tendenz, dass NGO in der breiteren Öffentlichkeit zunehmend unter einen Legitimations- und Erklärungsdruck gesetzt werden.

Die Accounts / Akteure

Eine tiefere Analyse der erhobenen Beiträge zeigt zwei relevante Auffälligkeiten: Betrachtet man ausschließlich die politischen Akteure im Sample, so entfällt der Großteil der NGO-kritischen Social-Media-Posts auf Abgeordnete der AfD, während die CDU/CSU, obwohl sie mit ihrer Kleinen Anfrage den aktuellen Diskurs maßgeblich angestoßen hat, in der empirischen Verbreitung entsprechender Inhalte auf Social Media eine untergeordnete Rolle spielt (Abb. 3). Dies kann u.a. damit erklärt werden, dass die Unionsfraktion mit ihrer Kleinen Anfrage im Februar 2025 eine bestehende und seit langer Zeit benutzte Praxis der AfD übernommen hat, kritische parlamentarischer Anfragen zu Nichtregierungsorganisationen im Bundestag zu stellen (vgl. Datenbank des Bundestages sowie eine laufende Untersuchung des Maecenata Instituts). Damit hat die Union diese Debatte, die zuvor primär im rechtsextremen Spektrum zirkulierte, in die mediale Öffentlichkeit und damit in den Mainstream transferiert. Die AfD versucht seitdem wiederum, ihre Deutungshoheit in dieser Debatte über das Verhältnis Staat, NGO und politischer Neutralität auszubauen.

Abbildung 3: Anzahl Social Media Posts zu NGO/Nichtregierungsorganisationen nach Parteimitgliedschaft; von den insgesamt 3.602 Posts konnten 1.872 den im Bundestag vertretenen Parteien (in beiden Legislaturperioden) zugeordnet werden



Die Frage, wer diese diskursive Verschiebung am aktivsten vorantreibt, lässt sich durch eine Analyse der zentralen Akteure beantworten. Eine Betrachtung der zehn Kanäle mit der höchsten Anzahl negativer Beiträge offenbart, dass die Negativ-Kampagne von politisch klar positionierten Akteuren betrieben wird (Tabelle 2). An der Spitze steht das digitale Medium NIUS mit 153 negativen Posts bei insgesamt 155 Beiträgen, was einem Negativanteil von 99 Prozent entspricht. Auf den weiteren Plätzen folgen der Journalist Ralf Schuler mit 115 negativen von 123 Posts (93 Prozent), das

rechtskonservative Meinungsmagazin Tichys Einblick mit 113 negativen von 130 Posts (87 Prozent) sowie dessen Herausgeber Roland Tichy mit 75 negativen von 86 Posts (87 Prozent). Unter den Top 10 finden sich zudem mehrere Bundestags- und Landtagsabgeordnete, darunter der AfD-Bundestagsabgeordnete Kay-Uwe Ziegler mit 67 negativen von 71 Posts (94 Prozent), der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Oliver Luksic mit 47 negativen von 57 Posts (82 Prozent) sowie der Berliner AfD-Landtagsabgeordnete Harald Laatsch mit 44 von 44 Posts ausschließlich negativer Bewertung (100 Prozent). Auch der frühere BILD-Chefredakteur Julian Reichelt erreicht mit 48 von 48 Posts eine Quote von 100 Prozent negativer Posts, ebenso wie der offizielle Account der AfD mit 33 von 33 Posts.

Tabelle 2: Top10 Social Media Akteure mit negativen Posts zu NGO/Nichtregierungsorganisationen zwischen 01.01.2020-01.10.2025

Social Media Akteure	Posts insgesamt	Posts negativ	Anteil negativ
NIUS	155	153	99%
Ralf Schuler	123	115	93%
Tichys Einblick	130	113	87%
Roland Tichy	86	75	87%
Kay-Uwe Ziegler MdB	71	67	94%
Joachim Jahn	71	60	85%
Julian Reichelt	48	48	100%
Oliver Luksic	57	47	82%
Harald Laatsch MdB	44	44	100%
AFD	33	33	100%
Gesamtergebnis	755	851	Ø 93%

Bemerkenswert an diesem Ergebnis ist die Präsenz des ehemaligen FDP-Abgeordneten Oliver Luksic in der Top-10-Liste: Als Akteur aus dem liberal-bürgerlichen Spektrum fungiert er innerhalb der digitalen Debatte als Brückenfigur, die delegitimierende Narrative über NGO nicht nur aufgreift, sondern verstärkt an eine bürgerliche und wirtschaftsnahe Anhänger*innenschaft vermittelt. Dadurch verbleiben entsprechende Kritik und Narrative nicht ausschließlich im (rechts)populistischen Umfeld, sondern wirken in weitere politische Lager sowie in die öffentliche Debatte hinein und gewinnen dort Anschlussfähigkeit. Auch NIUS übernimmt bei diesem Transfer eine Schnittstellenfunktion (Ayyadi 2025).

Die Delegitimierungsnarrative dieser Akteure

Die Kommunikation dieser Akteure lässt sich anhand exemplarischer Beiträge konkretisieren, die unterschiedliche Delegitimierungsstrategien sichtbar machen. Dabei zeigt sich, dass einzelne Posts nicht isoliert voneinander wirken, sondern Teil eines übergreifenden Anti-NGO-Narrativs sind, das in jüngster Zeit an Schärfe und Reichweite gewonnen hat. Hummel und Schubert (2025) identifizieren in ihrer Analyse zentrale Vorwurfskomplexe, die im Anti-NGO Diskurs wiederkehrend auftauchen: (1) staatliche Abhängigkeit und fehlende Unabhängigkeit, (2) undemokratischer Machteinfluss trotz fehlender Legitimation, (3) ökonomische Interessen hinter Gemeinnützigkeit sowie (4) fehlende Transparenz und Kontrolle. Diese Narrative operieren mit empirisch kaum haltbaren Thesen und strategischen Verkürzungen, die auf eine systematische Delegitimierung zivilgesellschaftlicher Teilhabe abzielen. Die exemplarischen Analysen der Social-Media-Posts zeigen, wie diese Vorwurfsmuster konkret artikuliert werden.

(1) Ein erstes wiederkehrendes Narrativ konstruiert NGO als intransparente Akteure innerhalb eines undurchsichtigen Netzwerks aus Finanzflüssen und politischer Einflussnahme. Dieses Narrativ bedient sich einer pseudo-investigativen Rhetorik, die durch die Inszenierung von „Enthüllungen“ und „Skandalen“ Legitimität beansprucht. NIUS arbeitet dabei besonders konsequent mit skandalisierenden Visualisierungen und plakativen Schlagzeilen.

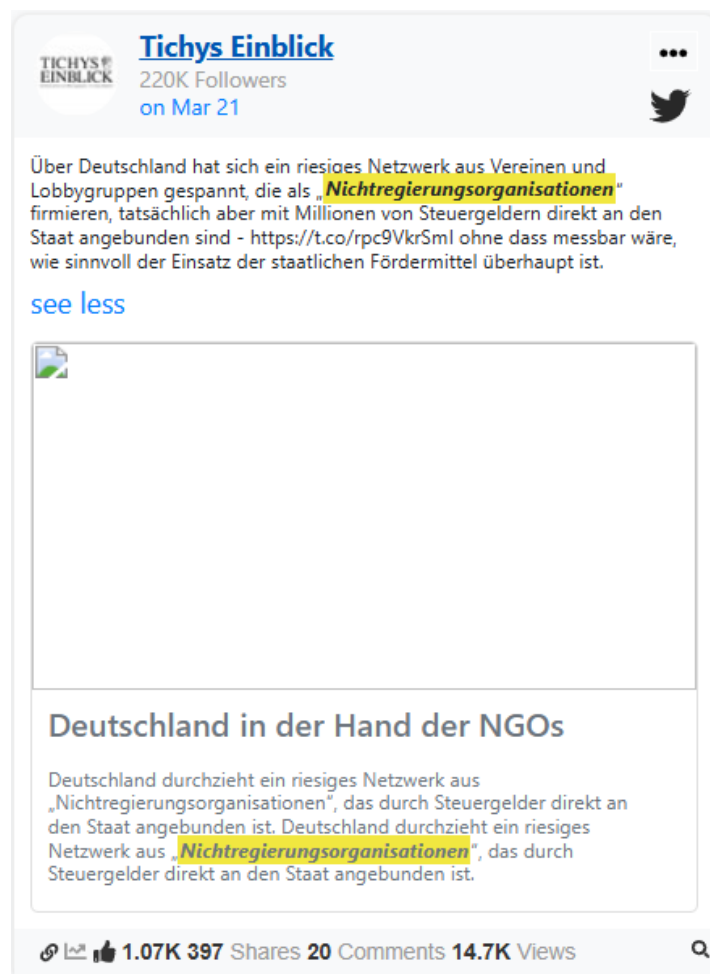
Abbildung 4: Screenshot des Kanals *NIUS* vom 01. März 2025



Ein Post vom 1. März 2025 zeigt etwa eine Grafik mit der Überschrift „Ein Klingbeil-Verein kassiert 1,4 Mio. Euro Steuergeld von der Regierung ... und wie weitere SPD-Politiker im NGO-Sumpf stecken“. Die Visualisierung arbeitet mit Porträtfotos vor rotem Hintergrund und suggeriert durch die dramatische Farbgebung und aggressive Typografie einen politischen Skandal. Der Begriff spielt – analog zu Formulierungen wie „Behördensumpf“ oder „Parteienfilz“ – auf ein vermeintliches Geflecht aus Intransparenz, Vetternwirtschaft oder Machtmissbrauch an. NGO werden damit implizit als korrupt, eigennützig oder moralisch fragwürdig dargestellt. Die Nennung konkreter Fördersummen erweckt den Eindruck investigativer Präzision, während gleichzeitig verschwiegen wird, dass staatliche Förderungen zivilgesellschaftlicher Projekte rechtlich geregelt, dokumentiert und demokratisch legitimiert sind. Der Post erreichte über 143.000 Views und wurde mehr als 3.500-mal geteilt, was die Reichweite und Mobilisierungskraft dieser Narrativkonstruktion veranschaulicht.

Ein weiteres Beispiel: Tichys Einblick schreibt am 21. März 2025: „Über Deutschland hat sich ein riesiges Netzwerk aus Vereinen und Lobbygruppen gespannt, die als ‚Nichtregierungsorganisationen‘ firmieren, tatsächlich aber mit Millionen von Steuergeldern direkt an den Staat angebunden sind - <https://t.co/rpc9VkrSml> ohne dass messbar wäre, wie sinnvoll der Einsatz der staatlichen Fördermittel überhaupt ist.“

Abbildung 5: Screenshot des Kanals *Tichys Einblick* vom 21. März 2025



an den Staat angebunden sind". Die Überschrift „Deutschland in der Hand der NGOs" suggeriert, dass der demokratisch gewählte Staat seine Handlungsfähigkeit an eine nicht legitimierte, sogenannte Schattenstruktur verloren hätte. Der Post erreichte 14,700 Views und wurde 397-mal geteilt. Hier werden NGO als antidemokratische Macht konstruiert – eine diskursive Verkehrung, die zivilgesellschaftliche Teilhabe nicht als demokratische Funktion, sondern als Bedrohung der Demokratie selbst rahmt.

In einem Post vom 17. April 2025 schreibt Reichelt: „Die Grüne Partei hat immer vom Ein-Parteien-Staat mit angeschlossenen NGO-Schlägertrupps geträumt." Der Begriff „Schlägertrupps" militarisiert den Diskurs und rückt NGO in die Nähe von Gewalt und Repression. Der Post erreichte 129.000 Views und zeigt, wie weit die Delegitimierung reicht: NGO werden nicht mehr als zivilgesellschaftliche Akteure, sondern als paramilitärische Einheiten eines autoritären Projekts gerahmt.

Abbildung 6: Screenshot des Kanals von Julian Reichelt vom 17. April 2025



(2) Ein zweites zentrales Narrativ stellt NGO als Akteure dar, die rechtswidrig handeln oder kriminelle Netzwerke unterstützen. Dieses Narrativ ist diskursiv besonders aggressiv, da es zivilgesellschaftliches Engagement nicht mehr als legitime Interessenvertretung, sondern als strafbares Verhalten darstellt. Hummel und Schubert (2025) identifizieren dies als Teil des Vorwurfskomplexes „ökonomische Interessen hinter Gemeinnützigkeit", wobei Begriffe wie „Asylindustrie" unterstellen, dass Organisationen verdeckte Profitinteressen verfolgen würden.

Der NIUS-Post vom 27. Mai 2025 behauptet, NGO-Aktivist*innen hätten „Afghanen gefälschte Dokumente besorgt und ihnen geholfen, mit Lügen-Geschichten an deutsche Visa zu kommen“. Die dazugehörige Grafik zeigt die ehemalige Außenministerin Baerbock mit Sonnenbrille vor einem Flughafen-Szenario mit der provokanten Überschrift „Was bin ich jetzt, trans oder schwul?“ und suggeriert damit, dass Fluchtgründe systematisch erfunden würden. Der Post erreichte über 211.000 Views und wurde fast 320-mal kommentiert. Hier wird nicht mehr nur kritisiert, sondern kriminalisiert: NGO erscheinen als Akteure, die Gesetze brechen und das Asylsystem missbrauchen. Die Tatsache, dass es sich bei den genannten Personen um afghanische Ortskräfte handelte, die in deutschen Diensten standen und deren Leben nach dem Taliban-Sieg gefährdet war, wird ausgeblendet. Stattdessen wird ein Generalverdacht konstruiert, der alle NGO im Migrationsbereich als Verbrecher zu markieren sucht.

Abbildung 7: Screenshot des Kanals *NIUS* vom 27. Mai 2025



(3) Ein drittes Narrativ arbeitet mit der ideologischen Zuordnung von NGO zu „linksextremen“, „grünen“ oder „Antifa-nahen“ Akteuren und delegitimiert sie damit als parteiische Interessenvertretende statt als gemeinwohlorientierte Organisationen. Hummel und Schubert (2025) kritisieren, dass das Anti-NGO-Narrativ eine Bedrohung durch angebliche „linke Lobbygruppen“ konstruiert, während wirtschaftsnahe oder konservative Akteure diskursiv unsichtbar bleiben. Tatsächlich sind zivilgesellschaftliche Organisationen vielfältig und vertreten keineswegs nur linke Positionen – die Zivilgesellschaft ist eine Abbildung der gesamten Gesellschaft und umfasst auch liberale, konservative und sogar rechtsextreme Vereine und Stiftungen.

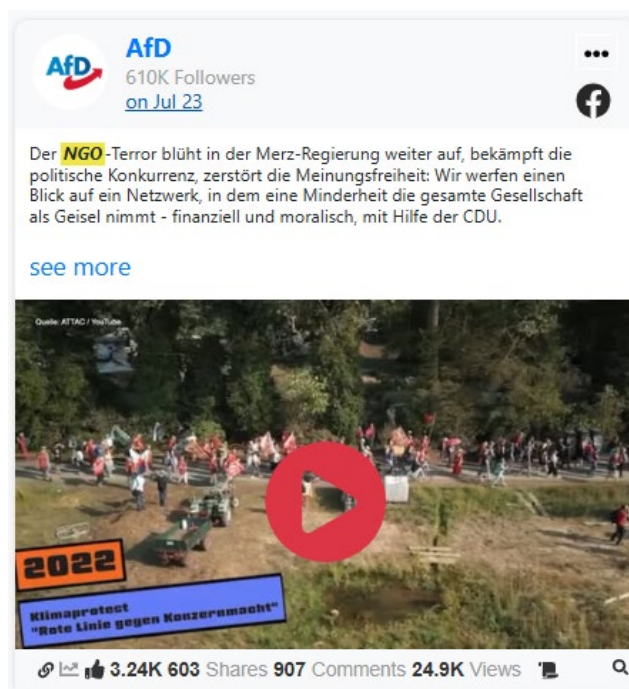
Abbildung 8: Screenshot des Kanals *NIUS*-vom 9.Juni 2025



Am 15. Juli 2025 schreibt die AfD: „Die NGO-Industrie – mit Steuergeldern gegen die AfD! Milliarden aus Ihren Steuergeldern – doch anstatt Straßen, Schulen oder Pflege zu stärken, werden damit linke Netzwerke aufgeblasen, die einen einzigen Auftrag haben: Stimmung machen gegen die AfD!“ Mit 14,900 Views konstruiert der Post NGO als staatlich finanzierte Oppositionsbekämpfung. Die Rhetorik ist dabei explizit verschwörungstheoretisch: Es gibt eine koordinierte „Industrie“, die gezielt eine Partei bekämpft.

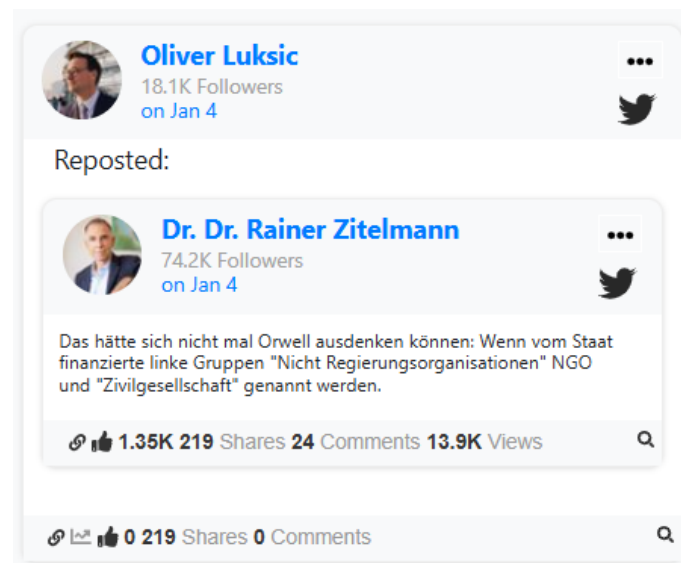
Eine weitere, extreme Zuspitzung findet sich in einem Post vom 23. Juli 2025: „Der NGO-Terror blüht in der Merz-Regierung weiter auf, bekämpft die politische Konkurrenz, zerstört die Meinungsfreiheit.“ Der Begriff „Terror“ ist die äußerste Form der Delegitimierung und rückt zivilgesellschaftliches Engagement in die Nähe von Terrorismus. Mit 24,900 Views zeigt auch dieser Post erhebliche Reichweite.

Abbildungen 9 und 10: Screenshots des Kanals der AfD vom 15. Juli 2025 (oben) und 23. Juli 2025 (unten)



Dieser (Re)Post von Oliver Luksic (FDP) zeigt, dass delegitimierende Narrative zur Zivilgesellschaft prominent verbreitet werden und so den Resonanzraum bürgerlicher Diskurse für Anti-NGO-Narrative öffnen. Luksic repostet hier einen Beitrag von Dr. Dr. Rainer Zitelmann, der sich gezielt polemisch äußert und zivilgesellschaftlicher Unabhängigkeit in Frage stellt. Die Referenz auf „Orwell“ greift auf ein klassisches Totalitarismus-Narrativ zurück und insinuiert, dass die Wirklichkeit in der Bundesrepublik propagandistisch umdefiniert werde.

Abbildung 11: Screenshot des Kanals von Oliver Luksic (Repost) vom 4. Januar 2025



(4) Ein viertes Narrativ dreht sich um die Forderung nach Transparenz bei staatlichen Förderungen, wobei die Existenz staatlicher Förderung per se als skandalös gerahmt wird. Hummel und Schubert (2025) weisen darauf hin, dass dieser Vorwurf begrifflich unklar bleibt: Betrifft die Transparenzforderung die Verwendung öffentlicher Fördermittel und adressiert somit primär staatliche Förderinstitutionen, oder sind zivilgesellschaftliche Organisationen selbst gemeint?

Ralf Schuler postet am 19. August 2025: „Schweigen, Verschleppen, Verwirren: Wie die Bundesregierung Transparenz zu NGO-Finanzierungen vor Gericht systematisch blockiert“. Der Post suggeriert aktive Vertuschung und Rechtsbruch, obwohl Förderentscheidungen grundsätzlich

Abbildung 12: Screenshot des Kanals von Ralf Schuler vom 19. August 2025



öffentlich dokumentiert sind und NGO umfangreichen Berichtspflichten unterliegen. Die Rhetorik des „Verschweigens“ und „Verwirrens“ unterstellt böse Absicht und konstruiert ein Bild systematischer Intransparenz. Mit 3,150 Views zeigt dieser Post die Beharrlichkeit, mit der das Narrativ über Monate hinweg aufrechterhalten wird.

Auch liberal-bürgerliche Akteure wie Jan Fleischhauer und Oliver Luksic greifen delegitimierende NGO-Narrative auf und verstärken deren gesellschaftliche Reichweite. Der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordneter Luksic teilt eine Tabelle zu NGO-Förderungen und suggeriert mit einem ironischen Kommentar, dass Förderungen beliebig und intransparent seien. Damit transportiert und normalisiert er dieses Narrative im bürgerlichen Lager.

Abbildung 13: Screenshot des Kanals von Oliver Luksic vom 13. März 2025

Jetzt „Opas gegen Schulden“ gründen und 2,2 Millionen als **NGO** vom Bund beantragen. <https://t.co/rXMAShS8T4>

Antwort auf Anfrage der Union

Nichtregierungsorganisation	Bundesministerium	Förderhöhe in 2025
Correctiv	BMBFSFJ, BMBF	208.000 Euro
Verein Omas gegen Rechts	Keine Angaben	Keine Angaben
Verein Compact	Keine Angaben	Keine Angaben
Attac	Keine Angaben	Keine Angaben
Amadeu Antonio Stiftung	BMFSFJ, BK-Amt, BKM, BMI, BMBF u.a.	rd. 2,6 Mio. Euro
Peta Deutschland	Keine Angaben	Keine Angaben
Animal Rights Watch	Keine Angaben	Keine Angaben
Foodwatch	Keine Angaben	Keine Angaben
Dezernat Zukunft	Keine Angaben	Keine Angaben
Deutsche Umwelthilfe	BMBF, BMUV	rd. 1 Mio. Euro
Agora Agrar	Keine Angaben	Keine Angaben
Agora Energiewende	Keine Angaben	Keine Angaben
Greenpeace	Keine Angaben	Keine Angaben
BUND e.V.	BMFSFJ, BMUV, BKM	rd. 1,4 Mio. Euro
Neue deutsche Medienmacher*innen	BMFSFJ, BK-Amt, BMI u.a.	rd. 840.000 Euro
Delta1 gGmbH	BKM	360.000 Euro

Quelle: BMF WELT

825 97 Shares 46 Comments 21.7K Views

Zusammenfassend deuten die empirisch ermittelten Muster der Delegitimierungsnarrative darauf hin, dass dieser Diskurs in den sozialen Medien in einem reziproken Zusammenwirken von rechtspopulistischen Parteien und journalistisch-publizistischen Multiplikator*innen stattfindet, bei dem neuerdings auch Akteure der liberal-bürgerlichen Mitte mitwirken. Besonders auffällig ist dabei das Wechselspiel zwischen initiierenden parlamentarischen Interventionen und der weitreichenden digitalen Mobilisierung durch die AfD. Diese Konstellationen prägen nicht nur Reichweite und Tonalität der Debatte, sondern sind Ausdruck einer grundlegenden diskursiven Verschiebung im Verhältnis von Politik, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Die nachfolgende Diskussion greift diese empirischen Befunde auf, um sie demokratietheoretisch und diskurstheoretisch im Hinblick auf ihre Folgen für die Legitimität zivilgesellschaftlicher Akteure und die Stabilität öffentlicher Deliberation zu reflektieren.

Diskussion und Fazit

Die durchgeführte Social-Media-Analyse zeigt einerseits auf, dass die Kleine Anfrage der CDU/CSU vom 24. Februar 2025 als entscheidender Schlüsselmoment fungierte, um eine bis dahin weitgehend fachlich-parlamentarisch geführte Debatte in eine medial verstärkte, öffentlich polarisiertes Thema über Nichtregierungsorganisationen zu transformieren. Andererseits zeigt sie die dichte Intertextualität zwischen Autoren und Beiträgen und die Anschlussfähigkeit der Polemisierung durch rechtsautoritäre Akteure auf Social Media.

Die explorative Suche auf Youtube vor und nach dem 24. Februar macht die deutliche inhaltliche Verschiebung in der Tonalität der Beiträge sichtbar. Während vor Februar 2025 lediglich ein einziges der 25 ausgewerteten Videos (ein Beitrag von Compact-TV) einen deutlich diffamierenden Stil gegenüber NGO aufwies, zeigt sich in der Suche vom Juni 2025, dass 19 der 25 Videos NGOS / Nichtregierungsorganisationen in einem negativen Licht darstellen. Verallgemeinert werden NGO darin als ideologisch gesteuerte Netzwerke, als Teil eines „Sumpfes“ oder als „linksextrem“ beschrieben. Sie erscheinen nicht mehr als gemeinwohlorientierte Akteure, sondern als Bestandteil einer nicht durchschaubaren Machtstruktur.

Eine tiefere Analyse weiterer Kanäle mithilfe des Junkipedia Actor Sets bestätigt die Entwicklung des Negativ-Diskurses. Auffällig ist ein deutlicher Ausschlag Ende Februar 2025: In dieser Woche steigt die Zahl der Beiträge sprunghaft auf nahezu 400 an. Dieser Anstieg steht im direkten Zusammenhang mit der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 24. Februar 2025 eingebrachten Kleinen Anfrage „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ (Deutscher Bundestag 2025). Auch im Anschluss an diesen Ereigniszeitpunkt bleibt das Betragsaufkommen der negativen Beiträge deutlich erhöht.

Die Kleine Anfrage der CDU/CSU vom 24. Februar 2025 fungierte damit als diskursiver Katalysator, der nicht nur zu einem sprunghaften Anstieg der Thematisierung führte, sondern auch ein dauerhaft erhöhtes Grundniveau etablierte. Dies bestätigt die Focussing-Events-Theorie, weil die von Birkland beschriebenen Dynamiken hier deutlich nachweisbar sind: Ein Aufmerksamkeitsplateau statt punktuell, Peak, Dominanz negativer Bewertungen (von 42% auf 75%) sowie strategische Issue-Expansion durch spezifische Akteure (Birkland 1997, 1998).

Entscheidend ist dabei, dass die parlamentarische Anfrage ein kommunikatives Fenster öffnete, in dem anti-zivilgesellschaftliche Akteure negative Narrative mit hoher Resonanz platzieren konnten, bevor Gegenstimmen strukturierte Anschlusskommunikation entwickelten. Es lässt sich ein dreipoliges Zusammenspiel beobachten, das die diskursive Dynamik der Debatte über

Nichtregierungsorganisationen prägt: Erstens zeigt sich eine gezielte Zuspitzung und Polemisierung durch rechte Akteure auf Social Media. Die Delegitimierung wird von spezifischen Akteuren systematisch betrieben: NIUS, Ralf Schuler, Tichys Einblick, Julian Reichelt und die AfD und weitere dominieren den Diskurs. Zweitens wird diese Dynamik durch parlamentarische Interventionen, etwa in Form der Kleinen Anfrage der CDU/CSU vom 24. Februar 2025, befördert – also durch Akteure aus dem demokratischen Mitte-rechts-Spektrum legitimiert. Drittens findet das Thema über klassische Medien Eingang in eine breitere Öffentlichkeit. Wenn die CDU/CSU durch eine Kleine Anfrage das Thema „politische Neutralität“ von NGO auf die Agenda setzt, schafft sie einen parlamentarisch legitimierten Rahmen, in den extremere Akteure ihre Delegitimierungsstrategien einfügen können. Die bürgerlichen Parteien fungieren damit – bewusst oder unbewusst – als Stichwortgebende und Verstärkende für rechtspopulistische und rechtsextreme Anti-NGO-Narrative.

Besonders deutlich wird dabei: Die diskursive Entwicklung verläuft nicht linear – etwa im Sinne eines einfachen Top-down- oder Bottom-up-Modells –, sondern ist als reziprokes Wechselverhältnis zu begreifen. Politische Interventionen schaffen Resonanzräume, in denen sich radikalisierte Social-Media-Diskurse entfalten können. Diese werden wiederum von klassischen Medien selektiv aufgegriffen, verstärkt oder normalisiert, indem sie bestimmten Narrativen Reichweite und journalistische Autorität verleihen.

Der Befund legt also nahe, dass politische Kommunikation, soziale Medien und etablierte Medienangebote in einem interdependenten Resonanzverhältnis zueinanderstehen. In diesem Zusammenspiel werden delegitimierende Narrative gegenüber NGO nicht nur verstärkt, sondern auch systematisch multipliziert und in den Mainstream-Diskurs eingespeist. Der diskursive Effekt beschränkt sich dabei nicht auf das unmittelbare Ereignis, sondern führte zu einer neuen Normalität: NGO wurden dauerhaft und breitenwirksamer zum Gegenstand öffentlicher Delegitimierung.

Die Analyse zeigt, wie aus einzelnen Aussagen durch Wiederholung, Variation und transmediale Zirkulation eine diskursive Formation entsteht, die nicht mehr hinterfragt, sondern als gegebene Tatsache behandelt wird. Begriffe wie „Sumpf“, „Industrie“ oder „Schlägertrupps“ fungieren dabei als performative Sprechakte, die nicht beschreiben, sondern konstituieren – sie schaffen die Realität, die sie angeblich nur benennen.

Diese diskursive Konstruktion verschiebt die öffentliche Wahrnehmung zivilgesellschaftlicher Organisationen von legitimen demokratischen Akteuren hin zu bedrohlichen, antidemokratischen Machtstrukturen. Die von Hummel und Schubert (2025) identifizierten Vorwurfskomplexe – (1)

staatliche Abhängigkeit, (2) undemokratischer Machteinfluss, (3) ökonomische Interessen und (4) fehlende Transparenz – werden nicht als Kritik artikuliert, sondern als Tatsachenbehauptungen etabliert.

Die Befunde haben weitreichende demokratiepraktische Konsequenzen. Im Sinne von Habermas (1992) wird die Vermittlungsfunktion zwischen Lebenswelt und politischem System untergraben: NGO können ihre Rolle als Sprecher*innen gesellschaftlicher Problemlagen nicht mehr wahrnehmen, wenn ihnen grundsätzlich die Legitimität abgesprochen wird. Ihre Fähigkeit, gesellschaftliche Konfliktlinien zu artikulieren, öffentliche Aufmerksamkeit für marginalisierte Perspektiven zu schaffen und politische Entscheidungsprozesse kritisch zu begleiten, wird dadurch strukturell geschwächt.

Die von Fraser (1990) beschriebenen multiplen, konflikthaften Öffentlichkeiten werden asymmetrisch strukturiert: Während progressive zivilgesellschaftliche Akteure unter erhöhten Legitimationsdruck geraten und ihre Existenzberechtigung permanent verteidigen müssen, bleiben wirtschaftsnahe oder konservative Interessenvertretende von vergleichbaren Delegitimierungskampagnen weitgehend verschont. Diese selektive Empörung verweist auf die hegemoniale Dimension des Anti-NGO-Diskurses: Es geht nicht um abstrakte Transparenz oder Gemeinnützigkeit, sondern um die Zurückdrängung spezifischer politischer Positionen aus dem öffentlichen Raum.

Für die Diskussion ergibt sich hieraus eine doppelte Perspektive: Einerseits offenbart sich die Anfälligkeit öffentlicher Diskurse für strategische Politisierungen durch gezielte Trigger-Events. Andererseits stellt sich die Frage nach der demokratietheoretischen Tragweite. Wenn zivilgesellschaftliche Akteure zunehmend in ein semantisches Feld der Skepsis, Intransparenz und Kriminalisierung verschoben werden, droht nicht nur eine Schwächung der Legitimität einzelner NGO, sondern auch eine strukturelle Erosion der öffentlichen Wahrnehmung von Zivilgesellschaft als eigenständiger demokratischer Sphäre.

Für zivilgesellschaftliche Organisationen ergibt sich damit eine komplexe Doppelbelastung: Zum einen stehen sie unter wachsendem Druck, ihre Arbeitsweise, Finanzierung und politische Positionierung transparent darzulegen. Zum anderen sehen sie sich zunehmend mit polemischen Angriffen und strategischer Delegitimierung konfrontiert – häufig in Form diskursiver Verzerrungen, pauschaler Generalverdachte oder bewusster Framingstrategien, die ihre Gemeinnützigkeit und demokratische Legitimation infrage stellen. Für sie stellen sich somit drei kommunikative Anforderungen: Die glaubwürdige Kommunikation über Ziele, Finanzierung und Wirkweise bleibt essenziell, um Vertrauen in die eigene Arbeit zu erhalten – insbesondere gegenüber

unentschlossenen oder verunsicherten Teilen der Öffentlichkeit. Gleichzeitig ist es notwendig, auf die Übernahme rechter Narrative durch Akteure aus der demokratischen Mitte entschieden zu reagieren. Wenn politische Akteure oder Leitmedien unhinterfragt Begriffe, Deutungsmuster oder Problemkonstruktionen von anti-demokratischen Akteuren übernehmen, dann verschiebt sich der Möglichkeitsraum demokratischer Auseinandersetzung nachhaltig. Diese Diskursverschiebung darf nicht unwidersprochen bleiben, da sie langfristig die normative Basis der pluralistischen Demokratie aushöhlt. Diese Konsequenz muss - offensichtlich - denjenigen politischen Akteuren aus dem bürgerlichen bis konservativen Lager stärker vermittelt werden, die bei der Verbreitung der Delegitimierungsnarrative mitwirken. Gleichzeitig muss sich die Zivilgesellschaft aktiv in die Aushandlung dessen einbringen, was als legitimer Teil politischer Willensbildung gilt. Das bedeutet, nicht nur defensiv auf Angriffe zu reagieren, sondern eigene Narrative zu setzen, die die demokratische Funktion zivilgesellschaftlicher Akteure als intermediäre Instanzen zwischen Bürger*innen und Staat sichtbar machen.

Es bleibt dabei hervorzuheben, dass zivilgesellschaftliche Organisationen – sei es in den Bereichen Umweltschutz, Bürgerinteressen oder sozialer Dienste – bereits durch ihre eigentliche Zweckverwirklichung stark beansprucht sind. Ihre personellen und finanziellen Ressourcen sind in der Regel darauf ausgerichtet, konkrete gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen: etwa den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen, die Förderung demokratischer Kompetenzen oder die Unterstützung von Menschen, die von Gewalt betroffen sind. Die Notwendigkeit, sich zusätzlich mit politisch motivierten Angriffen, Delegitimierungsversuchen und diskursiven Abwehrkämpfen auseinanderzusetzen, bindet wertvolle Kapazitäten und stellt eine strukturelle Überforderung dar, die nicht dem Anspruch einer demokratisch unterstützenden Infrastruktur gerecht wird. Daraus sollte sich eine notwendige demokratiepolitische Pflicht ergeben, diese Organisationen nicht nur gesetzlich, sondern auch diskursiv und institutionell zu schützen.

Literatur

- Ayyadi, K. (2025): Diffamierungs-Kampagnen. Die Methode „Nius“. <https://www.belltower.news/diffamierungs-kampagnen-die-methode-nius-160577/> (30.07.2025).
- Birkland, T. A. (1997). *After Disaster: Agenda Setting, Public Policy and Focusing Events*. Georgetown University Press.
- Birkland, T. A. (1998). Focusing Events, Mobilization, and Agenda Setting. *Journal of Public Policy*, 18(1), 53–74.
- Buyse, A. (2018). Squeezing Civic Space: Restrictions on Civil Society Organizations and the Linkages with Human Rights. *The International Journal of Human Rights*, 22(8), 966–988.
- CIVICUS. (2024). *People Power Under Attack 2024*. <https://www.civicus.org/index.php/media-resources/reports-publications>
- Cohen, J. L., Arato, A. (1992). *Civil Society and Political Theory*. MIT Press.
- Deutscher Bundestag (2025). Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU: Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen. Drucksache 20/15035. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/150/2015035.pdf>
- Edelman (2025). Edelman Trust Barometer 2025. <https://www.edelman.com/de/trust/2025/trust-barometer> (Zugriff: 03.11.2025).
- Entman, R. M. (1993). Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication*, 43(4), 51–58.
- Fraser, N. (1990). Rethinking the Public Sphere. A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracies. *Social Text*, (25/26), 56–80.
- Habermas, J. (1992). *Faktizität und Geltung*. Suhrkamp.
- Hummel, Siri (2024). Was ist Zivilgesellschaft. In: *Praxis Politik & Wirtschaft* 20 (4).
- Hummel, S., Dolinga, S., Faltenbacher, F. (2025). Diskurs als Ausgangspunkt der Entwicklungen. In *Green Legal Spaces – Studie 2025. Entwicklung politischer Teilhaberechte der Klimabewegung in Deutschland* (S. 58–81). Green Legal Impact Germany e.V.
- Hummel, S., Schubert, P. (2025). Das Anti-NGO-Narrativ: Wie versucht wird, die Zivilgesellschaft zu delegitimieren. (Opuscula, 200). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-104718-8>
- Schmidt, J.-H., Merten, L., Münch, F. V. (2024). Die „Datenbank Öffentlicher Sprecher“ (DBÖS) v2. <https://doi.org/10.17605/OSF.IO/SK6T5>
- Strachwitz, R., Priller, E., Triebe, B. (2020). *Handbuch Zivilgesellschaft*, Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg. <https://doi.org/10.1515/9783110553475>

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Tonalität der ausgewerteten Videos gegenüber Nichtregierungsorganisationen auf Youtube vor und nach Februar 2025	8
Abbildung 2: Monatliche Verteilung der negativen und positiven/neutralen Social Media Posts zu NGO/Nichtregierungsorganisationen von 01/2020-10/2025.....	9
Abbildung 3: Anzahl Social Media Posts zu NGO/Nichtregierungsorganisationen nach Parteimitgliedschaft; von den insgesamt 3.602 Posts konnten 1.872 den im Bundestag vertretenen Parteien (in beiden Legislaturperioden) zugeordnet werden.....	11
Abbildung 4: Screenshot des Kanals NIUS vom 01.März 2025	13
Abbildung 5: Screenshot des Kanals Tichys Einblick vom 21.März 2025.....	14
Abbildung 6: Screenshot des Kanals von Julian Reichelt vom 17.April 2025	15
Abbildung 7: Screenshot des Kanals NIUS vom 27.Mai 2025	16
Abbildung 8: Screenshot des Kanals NIUS-vom 9.Juni 2025	17
Abbildungen 9 und 10: Screenshots des Kanals der AfD vom 15.Juli 2025 (oben) und 23. Juli 2025 (unten).....	18
Abbildung 11: Screenshot des Kanals von Oliver Luksic (Repost) vom 4.Januar 2025	19
Abbildung 12: Screenshot des Kanals von Ralf Schuler vom 19.August 2025.....	19
Abbildung 13: Screenshot des Kanals von Oliver Luksic vom 13.März 2025	20

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Anzahl negativer Posts im Verhältnis vor und nach der kleinen Anfrage der CDU/CSU....	10
Tabelle 2: Top10 Social Media Akteure mit negativen Posts zu NGO/Nichtregierungsorganisationen zwischen 01.01.2020-01.10.2025.....	12

Reihe Opuscula

www.maecenata.eu/publikationen/opuscula/

- 2024
- Nr. 184 **Demonstrationsfreiheit in der Schweiz – Ein Präzedenzfall für den Shrinking Civic Space?**
Laura Pfirter
- Nr. 185 **Neue Fragen zum bürgerschaftlichen Raum: 3 Beiträge**
Rupert Graf Strachwitz
- Nr. 186 **Civil Society is Here to Stay! A Report on the Shrinking Civic Space Project (2019-2023)**
Siri Hummel, Rupert Graf Strachwitz
- Nr. 187 **Die humanitären Prinzipien im Wandel der Zeit: Realität oder Relikt?**
Jan-Christoph Deinet
- Nr. 188 **Zivilgesellschaft in Deutschland. Daten, Fakten, Entwicklungen**
Hagen Troschke
- Nr. 189 **Israel, Hamas, Palästina – Ein Thema für zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland**
Michael Ernst-Pörksen
- Nr. 190 **Rotary in Ukraine – Findings of an Accompanying Research Project**
Eckhard Priller, with the collaboration of Malte Schrader
- Nr. 191 **Protest and Support – The Dual Role of Israels Civil Society in 2023**
Benjamin Gidron, Hagai Katz
- Nr. 192 **Civil Society in Germany – Data, Facts, Developments**
Hagen Troschke
- Nr. 193 **Warum lösen sich Vereine auf? Strukturen und Gründe von Vereinslösungen**
Eine Analyse auf den Grundlagen von Vereinsregistern und einer Befragung von gelöschten Vereinen
Siri Hummel, Eckhard Priller
- Nr. 194 **Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft: Anspruch und Wirklichkeit.**
Rupert Graf Strachwitz
- Nr. 196 **Die Entwicklung von ehrenamtlichem Engagement in Krisenzeiten am Beispiel der Coronapandemie**
Nina Kaufmann
- Nr. 197 **Die Leveller: Ein Ausschnitt der politischen Theorie Englands im 17. Jahrhundert**
Rupert Graf Strachwitz
- 2025
- Nr. 195 **Zivilgesellschaftliches Kulturrengagement: Ein Lagebericht.**
Siri Hummel, Eckhard Priller unter Mitarbeit von Finn Büttner, Florian Faltenbacher, Janek Oellers und Julian Kleeberg
- Nr. 198 **Reduktion sozialer Ungleichheiten durch freiwilliges Engagement? Forschungsstand und Forschungsansätze.**
Christin Jauch
- Nr. 199 **Generalangriff auf die Zivilgesellschaft? Überlegungen für die Entwicklung der Demokratie.**
Rupert Graf Strachwitz.
- Nr. 200 **Das Anti-NGO-Narrativ: Wie versucht wird, die Zivilgesellschaft zu delegitimieren**
Siri Hummel, Peter Schubert
- Nr. 201 **The Anti-NGO Narrative: The attempt to delegitimise civil society**
Siri Hummel, Peter Schubert
-

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-106281-2
ISSN (Opuscula) 1868-1840